

# Inhalt der Sitzung vom 18.07.2011

## TOP Ö 1

### Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Trampota von der Bürgeraktion „Verkehrsbetroffene“ sagte, dass er am 14.03.2011 zu schnelles Fahren und fehlende Geschwindigkeitskontrollen auf der Schwetzingener Straße angesprochen habe. Er fragte, wer dafür zuständig sei? Bürgermeister Schmitt verwies auf das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis als zuständige Behörde für Messungen auf Kreis- und Landesstraßen. Er bat darum, am 21.07.2011 die Auflistung der letzten 5 Geschwindigkeitsmessungen abholen zu dürfen. BGM Schmitt verwies Herrn Trampota in dieser Sache an HAL Thate.

Trampota sagte weiter, dass unter TOP 7 ein Gemarkungstausch mit Schwetzingen beschlossen werden soll. Er fragte, ob bei den Verhandlungen sichergestellt wurde, dass die Bevölkerung vor Verkehrslärm geschützt werde. BGM Schmitt antwortete, dass die offizielle Behördenbeteiligung noch erfolgt und der Gemeinde die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben wird.

## TOP Ö 2

### Zustimmung zur Neuwahl von Herrn Uwe Emmert zum 1. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr

Gemäß § 8 Abs. 2 des Feuerwehrgesetzes sowie § 11 der örtlichen Feuerwehrsatzung bedarf die Wahl des 1. Kommandanten der Zustimmung des Gemeinderats. Herr Uwe Emmert wurde in der Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr am 26.03.2011 nach Ablauf der Amtsperiode einstimmig zum 1. Kommandanten gewählt. GR Silke Layer (PL) gratulierte im Namen der PL und gab die Zustimmung.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) brachte die Freude der CDU zum Ausdruck und gab die Zustimmung.

GR Gaby Wacker (SPD) sprach die Gratulation der SPD aus und gab die Zustimmung.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, Uwe Emmert führe und repräsentiere die Plankstadter Feuerwehr und gab die erfreute Zustimmung.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung zur Neuwahl von Herrn Uwe Emmert zum 1. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr.

## TOP Ö 3

### Aufbau eines Nahwärmenetzes - Grundsatzbeschluss

Auf dem Weg zu einer ökologisch orientierten, nahezu Co<sup>2</sup>-neutralen und nachhaltigen zukünftigen Energieversorgung in Plankstadt soll in einem ersten Schritt das „Nahwärmenetz Nord“ errichtet werden, bei dem die Mehrzweckhalle, die Humboldtschule, die Kinderkrippe, sowie die gemeindeeigenen Mehrfamilienwohnhäuser und private Interessenten angeschlossen werden sollen. Es ist geplant, für den Aufbau des Nahwärmenetzes eine Gesellschaft mit den Gesellschaftern AVR Energie GmbH und Umweltschutz UBP AG zu gründen, die das Netz bauen und betreiben. Eine optionale Beteiligung der Gemeinde ist sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt realisierbar. Mit dem Beginn der Wärmelieferung könnte ab Oktober 2012 gerechnet werden.

Herrn Bruckner (UBP AG) und Erhardt (AVR Energie GmH) waren zu dem TOP anwesend.

BGM Schmitt schickte der Diskussion voraus, dass man die Zeit bis zum nächsten Jahr nutzen müsse, um die Eigentümer in dem Areal umfassend über alle Möglichkeiten zu informieren, damit eine größtmögliche Beteiligung erreicht werden kann.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass die PL dem Thema Nahwärmenetz grundsätzlich positiv gegenübersteht. Er fragte, warum kein Antrag für das kommunale CO<sup>2</sup>-Minderungsprogramm gestellt wurde. BGM Schmitt sagte, dass aufgrund der anderen genutzten Zuschussprogramme keine Parallelität entstehen kann. Verclas fragte weiter, ob es eine Korrelation zum Thema Ortskernsanierung gebe, was vom Bürgermeister verneint werden musste, das es hier keine speziellen Zuschüsse gibt. Lediglich Eigentümer von Gebäuden könnten z.B. Anschlusskosten steuerlich geltend machen. Verclas sagte weiter, dass die PL ein Problem in Punkt 4 des Beschlussvorschlags sehe und fragte, wie die Gemeinde in dem Konsortium mitwirken könne. Herr Erhardt sagte, dass es sich hier um eine optionale Lösung handelt, die Gemeinde könne auch sofort Partner werden. Verclas gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass die CDU am Anfang diesem Projekt skeptisch gegenüberstand, die AVR aber die CDU-Fraktion positiv gestimmt habe. Er fragte, in welchem Umfang das Recht zum Verlegen der Rohre gewährt wird, da man seitens der CDU verhindert wissen möchte, dass ein „Flickenteppich“ auf dem Straßenbelag entsteht. Herr Erhardt sagte, dass es keine unverhältnismäßige Belastung geben wird und somit die gleichen Kriterien gelten wie für alle anderen Leitungsträger. Berger gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die SPD generell für den Einsatz von regenerativen Energien sei, aber an dem vorgelegten Konzept viele Kritikpunkte und Unklarheiten habe. Er verlas eine Ausarbeitung mit diversen Fragen und Kritikpunkten. Mende sagte, die SPD hege Bedenken, eine definitive Entscheidung zu treffen und sagte, wenn man den Punkt nicht vertage, könne die SPD nicht zustimmen.

Herr Erhardt sagte, dass man alle Fragen und Hinweise sehr ernst nimmt, es heute aber um die zunächst grundsätzliche Frage gehe, ob die Gemeinde bereit ist, dem Aufbau eines Nahwärmenetzes zuzustimmen. Viele Fragen beruhten seiner Ansicht nach auf Missverständnissen, die relativ leicht zu klären seien. GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) stellte den Antrag auf Vertagung des TOP.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, man befürworte eine dezentrale Energieversorgung und den Einsatz regenerativer Energien. Es störe allerdings, dass keine Vergleichsvarianten gerechnet wurden. Sie fragte, wie konkret die geplanten Standorte seien, weil Lastwagenverkehr zu erwarten ist und in welchem Gebiet mit der Akquise begonnen wird.

BGM Schmitt änderte Nr. 3 des Beschlussvorschlags wie folgt:

Der Gemeinderat stimmt dem Anschluss sämtlicher kommunaler Einrichtungen und Gebäude an die neu zu schaffende Nahwärmeversorgung zu, sobald die Anschlussmöglichkeit durch die Betreiberfirma hergestellt ist. Dies gilt auch für künftige mögliche Anschlüsse bei Weiterentwicklung des Wärmenetzes.

Antrag auf Vertagung der SPD:

Abgelehnt mit 12 Gegenstimmen von PL, CDU und BGM bei 5 Ja-Stimmen von SPD und GLP und 1 Enthaltung von GR Andreas Berger (CDU).

Geänderter Beschlussvorschlag:

Mehrheitlich angenommen mit 15 Ja-Stimmen von PL, CDU, GLP und BGM, bei 3 Gegenstimmen der SPD.

## **TOP Ö 4**

### **Halbjahresbericht über die Haushaltsentwicklung 2011 beim Gemeindehaushalt und dem Eigenbetrieb Gemeindewasserversorgung Plankstadt**

Der Haushalt entwickelt sich zwar wesentlich besser als ursprünglich veranschlagt, trotzdem ist eine Entnahme

aus den Rücklagen von ca. 4,36 Mio € notwendig. Es handelt sich hierbei allerdings um eine Prognose, deren Zutreffen von der weiteren konjunkturellen Entwicklung abhängt. Laut der Finanzplanung 2012 bis 2014 benötigt die Gemeinde eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 165 T€ bis zur gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklage in Höhe von 351 T€ und Grundstückserlöse von ca. 8,3 Mio € um diese Jahre ausgleichen zu können. Der Wasserbezug beim Eigenbetrieb Gemeindewasserversorgung ist auf Vorjahresniveau, der weitere Wasserbezug im Jahresverlauf und die Wasserverluste lassen sich allerdings nur schwer abschätzen. Im Vermögensplan des Eigenbetriebs ist eine Kreditaufnahme von 700 T€ für mehrere wichtige Investitionen eingeplant.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass das Jahr 2010 besser war wie erwartet. Man sei auf einem guten Weg, müsse sich aber vor Augen halten, dass man sich der Minimalgrenze für die Rücklage nähere und den Gemeindehaushalt weiter durch Grundstücksverkäufe finanziere.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man keine aussagekräftigen Prognosen anstellen könne, sich aber alles entspanne. Leider erfolge der finale Ausgleich des Haushalts immer noch über das Tafelsilber der Gemeinde.

GR Prof. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man nicht mehr viel voraussagen könne, man aber an eine vorzeitige Schuldentilgung denken könne.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sah eine "Mischung aus Schönwetterwolken und dem Blick in den Abgrund".

Der Gemeinderat nahm den Halbjahresbericht über die Haushaltsentwicklung 2011 beim Gemeindehaushalt und dem Eigenbetrieb Gemeindewasserversorgung Plankstadt zur Kenntnis.

## **TOP Ö 5**

### **Zustimmung des Gemeinderats zu über-/außerplanmäßigen Ausgaben und teilweise Freigabe eines gesperrten Ansatzes**

Aufgrund der positiven Entwicklung des Haushaltsverlaufs im Jahr 2011 ist ein Nachtrag nicht erforderlich. Jedoch werden bei zwei Finanzpositionen zustimmungspflichtige Mehrausgaben anfallen: Bei der Betriebskostenumlage 10.782 € wegen der Abrechnung der Abwasserzweckverbände und bei der Gewerbesteuerumlage 74.000 € aufgrund von Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer. Um die Planung für die Erneuerung von Teilstücken des Antoniuswegs in die Wege leiten zu können, ist eine teilweise Freigabe des gesperrten Ansatzes i.H. v. 50.000 € erforderlich.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) gab die Zustimmung für die CDU.

GR Prof. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung für die SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung zu über-/außerplanmäßigen Ausgaben und teilweise Freigabe eines gesperrten Ansatzes.

## **TOP Ö 6**

### **Bedarfsplanung der Kinderbetreuung in Plankstadt für die Kindergartenjahre 2012/2013**

Die Bedarfsplanung der Kinderbetreuung ist als Rahmenplanung jährlich fortzuschreiben. Die Bedarfsplanung belegt analog zum Vorjahr, dass in der Gemeinde die Kapazität der Kindergärten ausgelastet ist, aber keine Neueinrichtung von Gruppen erforderlich ist. Im Bereich der Kleinkindbetreuung wird die Gemeinde durch den Neubau der Kinderkrippe an der Humboldtschule ebenfalls gut ausgestattet sein und den örtlichen Bedarf

befriedigen können.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, man müsse das Thema Öffnungszeiten mit den Kindergärten besprechen und dabei hinwirken, dass mehr auf die Wünsche der Eltern eingegangen wird.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, man sei auf einem positiven Weg und hätte bei der Kinderbetreuung mit Postillon e.V. einen guten Kooperationspartner gefunden. Sie erkundigte sich nach einer möglichen Zunahme der Kinderzahlen durch das Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“, was aber verneint wurde.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass sich im Bereich Kindergarten keine signifikanten Änderungen zu den Vorjahren ergeben hätten und die Gemeinde im Bereich der Kleinkindbetreuung ihre Hausaufgaben gemacht hätte.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass im Bereich der Kleinkindbetreuung noch eine Gruppe fehle und dass in naher Zukunft vermutlich der Bedarf an Krippenplätzen deutlich steigen werde, da sich eine geänderte Denkweise bei den Eltern etabliere. Sie fragte nach Überlegungen in den katholischen Kindergärten die Öffnungszeiten zu erweitern und warmes Mittagessen anzubieten, sowie nach der Einrichtung einer Ferienbetreuung für Kindergartenkinder. Künftig solle man in die Bedarfsplanung die Schulkindbetreuung noch mit aufnehmen. Sie sagte, dass die Eltern froh seien, die Betreuungsangebote tageweise buchen zu können und fragte, wo eine mögliche provisorische Gruppe eingerichtet werden könne? BGM Schmitt sagte, dass es Überlegungen gab, ein warmes Mittagessen anzubieten, dies aber am dafür benötigten Personal letztlich gescheitert ist und nannte als möglichen Standort für eine provisorische Kindergartengruppe die Humboldtschule.

Der Gemeinderat nahm die Bedarfsplanung der Kinderbetreuung in Plankstadt für die Kindergartenjahre 2012/2013 zur Kenntnis.

## **TOP Ö 7**

### **Gemarkungstausch Schwetzingen/Plankstadt**

In der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 16.11.2009 wurde über einen, über die bereits beschlossene Anpassung an die neue Trasse der B353 hinausgehenden Gemarkungstausch mit der Stadt Schwetzingen beraten. Im wesentlichen geht es einerseits um die im Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbandes ausgewiesene und auf Schwetzinger Gemarkung liegende Gewerbefläche südwestlich der Straße „Am Ochsenhorn“, sowie andererseits um bebaute Grundstücke am Schwetzinger Kurpfalzring und dahinterliegende Ackerflächen, die auf Plankstadter Gemarkung liegen. Der geplante Gemarkungstausch wäre Ausdruck einer besonderen interkommunalen Zusammenarbeit, die es in dieser Form bislang kaum gab, und die von den Planungsverbänden begrüßt und unterstützt wird. Ziel des Gemarkungstauschs ist die Schaffung zukunftsorientierter Entwicklungsmöglichkeiten an den jeweiligen Ortsrändern der Gemeinde Plankstadt und der Stadt Schwetzingen auf Flächen, die bisher zum Gemarkungsbereich der jeweiligen Nachbargemeinde gehören. Die räumliche Trennung durch den Bau der B 535 und die große Entfernung zu den bebauten Gemarkungsbereichen und den Infrastrukturnetzen lassen eine schlüssige, künftige Entwicklung dieser Flächen nur für die jeweils angrenzende Nachbargemeinde als sinnvoll erscheinen. Durch den Tausch erhält Plankstadt ca. 112.650 m<sup>2</sup> Gemarkungsfläche für die Abgabe von ca. 107.600 m<sup>2</sup>. Eine Umsetzung wäre nach Aussage der Flurbereinigungsbehörde noch in diesem Jahr möglich.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass man bereits 2008 im Rahmen der Flurneuordnung über das Thema gesprochen habe und es sinnvoll sei, die B 535 als Gemarkungsgrenze anzuerkennen. Er sprach die Hoffnung aus, in dem getauschten Gebiet Gewerbe ansiedeln zu können und gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) sprach sich aufgrund der Vorteile für Plankstadt für den Gemarkungstausch aus und gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) erkundigte sich nach der Zahl der Anwohner, die von dem Gemarkungstausch betroffen

sind. BGM Schmitt sagte, dass es sich zuletzt um 26 Anwohner handelte. Schneider sagte, dass die SPD mit Bedenken zustimme, man die Betroffenen aber schnellstmöglich informieren müsse.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass man hier viele Aspekte berücksichtigen müsse. Die Vorlage der Verwaltung sei aus seiner Sicht viel zu eingedampft. Es gäbe hier Spekulationen im gewerblichen und privaten Bereich. Der Gang der Dinge richte sich nach Schwetzinger Zeitplan und Belange. Hohl warnte zu Vorsicht, man solle keine Euphorie aufkommen lassen. Er vertrat die Auffassung, dass nach feudalistischen Grundsätzen wie im Mittelalter verfahren werde und gab die Ablehnung der GLP.

Der Gemeinderat stimmte mehrheitlich mit 16-Ja-Stimmen PL (7), CDU (5), SPD (3), die Stimme des Bürgermeisters und 2 Nein-Stimmen der GLP dem Gemarkungstausch Schwetzingen/Plankstadt zu.

## **TOP Ö 8**

### **Turnhalle Humboldtschule**

#### **Sanierung der Westseite**

##### **- Auftragsvergabe Fensterbauarbeiten**

Der TOP wurde auf Antrag von GR Andreas Berger (CDU) aus gegebenem Anlass in den NÖT verschoben.

## **TOP Ö 9**

### **Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 06.06.2011 gefassten**

#### **Beschlüsse**

BGM Schmitt wies auf die ortsübliche Bekanntmachung im Mitteilungsblatt und der Bekanntmachungstafel im Rathaus hin.

## **TOP NÖ 1**

### **Photovoltaikanlage Tennisclub Plankstadt**

Mehrheitlich angenommen.